

## **Antrag**

**der Abgeordneten Joachim Wundrak, Matthias Moosdorf, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Eugen Schmidt, René Springer, Marc Bernhard, René Bochmann, Thomas Dietz, Dietmar Friedhoff, Karsten Hilse, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD**

### **Deutschlands Interessen in der Arktis neu ausrichten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Kontext des Klimawandels und der maritimen Sicherheit zeigt Deutschland eine beträchtliche Präsenz und Engagement in Angelegenheiten, die mit der Arktis in Verbindung stehen. Die Bundesregierung strebt die Erhaltung der Arktis als konfliktarme Region an und setzt sich für Kooperation und die Sicherung der friedlichen Nutzung der Arktis ein ([www.arctic-office.de/fileadmin/user\\_upload/www.arctic-office.de/PDF\\_uploads/Leitlinien\\_deutscher\\_Arktispolitik\\_2019\\_Web.pdf](http://www.arctic-office.de/fileadmin/user_upload/www.arctic-office.de/PDF_uploads/Leitlinien_deutscher_Arktispolitik_2019_Web.pdf)). In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/7096 betont die Bundesregierung, dass die Interessen Deutschlands in der Arktisregion vor allem auf Klima- und Umweltpolitik ausgerichtet sind, statt auf Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Die Prioritätensetzung der Bundesregierung entspricht jedoch nicht mehr der geopolitischen Bedeutung der Arktis. Die Region ist zu einem Ort geworden, an dem die Großmächte China, Russland und die USA ihre sich verschärfenden Konflikte ausweiten.

Nach einem der größten NATO-Militärmanöver in Norwegen im Jahr 2018 haben die USA mit Grönland einen 4-Milliarden-Dollar-Vertrag für den Betrieb und die Instandhaltung der Thule-Basis, des wichtigsten US-Außenpostens in der Hocharktis, abgeschlossen ([www.nzz.ch/international/die-usa-staerken-ihre-praesenz-in-groenland-die-thule-air-base-wird-deutlich-aufgewertet-ld.1717697](http://www.nzz.ch/international/die-usa-staerken-ihre-praesenz-in-groenland-die-thule-air-base-wird-deutlich-aufgewertet-ld.1717697)). Bereits 2022 hat auch Russland seine Militärstützpunkte in der Arktis weiter ausgebaut und ein Großmanöver gestartet ([www.focus.de/politik/ausland/manoever-mit-1800-soldaten-putins-arkt-tis-truppen-im-schmelzenden-eis-ist-er-der-nato-um-laengen-ueberlegen\\_id\\_190821-007.html](http://www.focus.de/politik/ausland/manoever-mit-1800-soldaten-putins-arkt-tis-truppen-im-schmelzenden-eis-ist-er-der-nato-um-laengen-ueberlegen_id_190821-007.html)).

Als Beobachter im Arktischen Rat und im Arctic Security Forces Roundtable (ASFR), dem weltweit einzigen arktischen Verteidigungsforum, sollte Deutschland seine Rolle

in dieser Region darauf ausrichten, die Entspannungspolitik zu fördern und eine Eskalation aufgrund militärischer Abschreckungsaktivitäten zu verhindern.

Darüber hinaus hat Deutschland als kontinentale Mittelmacht auch ein Interesse an sicheren Schifffahrtswegen und der uneingeschränkten Nutzung der See ([www.swp-berlin.org/publikation/deutschland-im-arktisch-nordatlantischen-raum](http://www.swp-berlin.org/publikation/deutschland-im-arktisch-nordatlantischen-raum)). Eine Analyse der SWP prognostiziert für die Zeit ab den 2040er Jahren eine verstärkte Nutzung nicht nur der dominierenden Nordostpassage, sondern auch der Nordwestpassage und des Nördlichen Seeweges in der russischen Ausschließlichen Wirtschaftszone. Aufgrund der hohen Transportkapazitäten des Panamakanals und des Suezkanals stellen die arktischen Seewege derzeit keine überzeugende Alternative für den Verkehr zwischen Asien und Europa dar ([www.swp-berlin.org/publikation/arktische-seewege](http://www.swp-berlin.org/publikation/arktische-seewege)). Mit der zunehmenden Zugänglichkeit arktischer Gebiete rücken jedoch Territorialfragen verstärkt in die Aufmerksamkeit. Die USA haben im Dezember 2023 einseitig einen erweiterten Festlandsockel mit Anspruch auf Rechte an natürlichen Ressourcen in der Arktis geltend gemacht. Aufgrund der riesigen Öl- und Erdgasreserven ist dieser Region auch Gegenstand von Ansprüchen Kanadas und Russlands (<https://de.reseauinternational.net/les-etats-unis-elargissent-leur-territoire-en-arctique/>). Unterschiedliche Rechtsauffassungen über die Nutzungsrechte könnten zu Konflikten zwischen Russland, Dänemark, den USA und Kanada führen.

Aus geostrategischer Sicht tragen Öl und Gas aus der Arktis auch in Zukunft zur Energiesicherheit Deutschlands bei. Metalle wie Kupfer, Nickel oder Zink sowie Seltene Erden sollen den Rohstoffbedarf der heimischen Industrie decken ([www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/Commodity\\_Top\\_News/Rohstoffwirtschaft/41\\_mineralisches-rohstoffpotenzial-arktis.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](http://www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/Commodity_Top_News/Rohstoffwirtschaft/41_mineralisches-rohstoffpotenzial-arktis.pdf?__blob=publicationFile&v=6)). Derzeit erfolgen etwa 10 % der weltweiten Ölproduktion und 25 % der Erdgasförderung in der Arktis, hauptsächlich in Alaska und Sibirien ([www.swp-berlin.org/publikation/arktische-seewege](http://www.swp-berlin.org/publikation/arktische-seewege)).

Das enorme wirtschaftliche Potenzial der Arktis wird von der Bundesregierung aus Sicht der Antragsteller strategisch nicht berücksichtigt. Die Leitlinien der deutschen Arktispolitik von 2019 unterscheiden sich nicht grundlegend von denen von 2013, und es fehlen in beiden Dokumenten konkrete strategische Aktionspläne im Hinblick auf die wirtschaftlichen und energiepolitischen Interessen Deutschlands. Darüber hinaus muss Deutschland seine eigenen Interessen und Außenbeziehungen zu den Arktisanrainern sorgfältig abwägen, um nicht durch eine Militarisierung in der Region in Kriege und Konflikte hineingezogen zu werden, die mit den eigenen Interessen nicht übereinstimmen.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine neue integrierte Arktisstrategie zu entwickeln, die die Interessen Deutschlands, einschließlich seiner energiepolitischen und wirtschaftlichen Interessen, neu ausrichtet, priorisiert und eindeutig definiert;
2. Begrenzung der Übungsteilnahme Deutschlands auf das Hoheitsgebiet und die ausschließliche Wirtschaftszone der Arktisanrainer, die NATO-Mitglieder sind;
3. dass Deutschland dazu beiträgt, dass der Arktische Rat seine Effektivität wiederherstellt und sich in Zukunft mit Sicherheitsfragen durch Dialoge mit allen Mitgliedstaaten auseinandersetzt;
4. das diplomatische Engagement in der Arktis durch die Ernennung eines deutschen Beauftragten im Range eines Botschafters zu stärken;
5. sich aktiv an internationalen Arktisforen wie dem Arctic Security Forces Roundtable (ASFR), dem Euro-arktischen Barentssee-Rat, dem „Arctic Circle“, dem Arktischen Wirtschaftsrat sowie der „Arctic Frontiers“ zu beteiligen;

6. im Rahmen des Arktischen Sicherheitsrates ein einheitliches Verständnis der Nutzungsrechte der Seewege im Einklang mit dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen anzustreben, um potenzielle Konflikte aufgrund der zunehmenden Nutzung der Seepassagen zu vermeiden;
7. die strategische Rohstoffpartnerschaft mit den Arktisanrainern auszubauen;
8. sich aufgrund der unverändert schwierigen und gefährlichen Bedingungen für die friedliche Nutzung der Arktis für eine verstärkte Kooperation der Arktisanrainerstaaen in Fragen der Seenotrettung sowie Vermeidung und Bewältigung von sonstigen Katastrophenfällen einzusetzen.

Berlin, den 2. Januar 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

